



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Entwicklung des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt"

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der **25.** Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ zu berichten, insbesondere über:

1. die Bündelung des Programms „Soziale Stadt“ mit anderen Fördermöglichkeiten und Initiativen,
2. die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Landesebene,
3. die Umsetzung und Wirksamkeit des integrativen Programmansatzes in den geförderten Gebieten,
4. zukünftige Entwicklungen der Maßnahmen in Schleswig-Holstein und
5. die Ergebnisse der Programmbegleitung auf Bundesebene in den Modellgebieten (z.B. Flensburg-Neustadt).

Begründung:

Die Bewohnbarkeit und Funktionsfähigkeit unserer Städte zu sichern und zu verbessern, ist eine der wichtigen Herausforderungen unserer Zeit. In immer mehr Stadtteilen verschärfen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme. Es handelt sich meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile, die in Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen. Es sind Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, mit zunehmend einkommensschwachen Haushalten und vielfach mangelnder Integration von Migrantinnen und Migranten. Diese Entwicklung führt zu sozialen Spannungen und überforderten Nachbarschaften.

Die Bundesregierung hat 1999 das Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt“ auf den Weg gebracht., an dem sich das Land und die Kommunen beteiligen. Damit werden neue stadtentwicklungspolitische Akzente gesetzt. Das Programm „Soziale Stadt“ setzt auf eine umfassende Mitbeteiligung und -gestaltung von Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Wohnumfeld, insbesondere von Frauen, Kindern und Jugendlichen. Es soll erreicht werden, dass in gefährdeten Stadtteilen stärker als bisher städtebauliche Maßnahmen mit Maßnahmen anderer Politikfelder verzahnt werden. Ziel ist die umfassende Bündelung des Programms „Die soziale Stadt“ mit anderen Fördermöglichkeiten und Initiativen, um problematischen Entwicklungen gezielt entgegen zu wirken, eine hohe wirtschaftliche Wertschöpfung zu initiieren und die Stadtteile wieder dauerhaft zu stabilisieren.

Renate Gröpel
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion